



wohnbau-genossenschaften schweiz

verband der gemeinnützigen wohnbauträger

coopératives d'habitation Suisse

fédération des maîtres d'ouvrage d'utilité publique

cooperative d'abitazione svizzera

federazione dei committenti di immobili d'utilità pubblica

MEDIENMITTEILUNG

Zürich, 18. September 2023

Ausserordentliche Session «Mieten und Wohnen»: Positionen der Wohnbaugenossenschaften

Wohnbaugenossenschaften fordern Parlament auf, Massnahmen gegen hohe Mieten und für mehr preisgünstigen Wohnraum zu beschliessen

Angesichts der steigenden Mieten und der zunehmenden Wohnungsknappheit behandelt das Parlament in einer ausserordentlichen Session gleich mehrere wohnungspolitische Vorstösse. Wohnbaugenossenschaften Schweiz fordert das Parlament auf, endlich die Weichen zu stellen, dass mehr preisgünstiger und gemeinnütziger Wohnraum entstehen kann. Zudem soll das Parlament gegen überhöhte Mieten vorgehen.

Wohnbaugenossenschaften Schweiz, der Verband der gemeinnützigen Wohnbauträger, begrüsst, dass sich das Parlament in einer ausserordentlichen Session den steigenden Mieten und dem Mangel an bezahlbarem Wohnraum annimmt. «Wir können nicht weiter tatenlos zusehen, wie die Mieten und die Krankenkassenprämien steigen und die Kaufkraft schwindet», betont Eva Herzog, Ständerätin BS und Präsidentin von Wohnbaugenossenschaften Schweiz. «Langfristig ist mehr gemeinnütziger Wohnungsbau das wirkungsvollste Mittel für mehr preisgünstigen Wohnraum. Das hat kürzlich auch Bundesrat Parmelin betont, was mich sehr freut. Es braucht nun aber auch kurzfristige Massnahmen.»

Angesichts der steigenden Mieten und der zunehmenden Wohnungsknappheit sind zahlreiche wohnungspolitische Vorstösse eingereicht worden. Das Parlament wird diese am 27./28. September in einer ausserordentlichen Session zum Thema «Mieten und Wohnen» behandeln. Damit haben die Parlamentarierinnen und Parlamentarier Gelegenheit, einerseits gegen die hohen Mieten aktiv zu werden und andererseits Massnahmen für mehr preisgünstigen Wohnraum zu ergreifen. Wohnbaugenossenschaften Schweiz fordert die Ständeratsmitglieder auf, den Motionen [Michel Stöckli](#) und [Graf](#) zuzustimmen. Im Nationalrat werden mit der Motion [Glättli](#) sowie einer Motion der [sozialdemokratischen Fraktion](#) zwei identische Vorstösse behandelt.

Gegen überhöhte Mieten vorgehen

So gilt es etwa, die Mieterinnen und Mieter, die unter den steigenden Kosten und einer hohen Mietlast leiden, so rasch wie möglich vor missbräuchlichen Mietzinsen zu schützen. Die [Motion Hans Stöckli \(SR\)](#) / [sozialdemokratische Fraktion \(NR\)](#) fordert, dass Kantone und Gemeinden periodisch und punktuell kontrollieren können, ob keine übersetzten Mieterträge erzielt werden. Gerade in Regionen mit angespanntem Wohnungsmarkt braucht es griffige Instrumente, um gegen missbräuchliche Mietzinse vorzugehen.

Wohnraumförderung wie vorgesehen umsetzen

Zudem muss jetzt dafür gesorgt werden, dass mehr preisgünstiger Wohnraum entsteht. Im Wohnraumförderungsgesetz ist die Förderung preisgünstiger Mietwohnungen eigentlich vorgesehen: mit Darlehen und Bürgschaften für Bauträger, die sich im Gegenzug zur Kostenmiete verpflichten. Die [Motion Maya Graf \(SR\)](#) / [Balthasar Glättli \(NR\)](#) verlangt nun die Aktivierung dieses ursprünglich vorgesehenen, aber nie angewandten Instruments. In der aktuellen Wohnungsknappheit muss diese Massnahme, für die bereits eine rechtliche Grundlage besteht, umgesetzt werden.



wohnbaugenossenschaften schweiz

verband der gemeinnützigen wohnbauträger

coopératives d'habitation Suisse

fédération des maîtres d'ouvrage d'utilité publique

cooperative d'abitazione svizzera

federazione dei committenti di immobili d'utilità pubblica

Zonen für preisgünstigen Wohnraum schaffen

Auch die Raumplanung muss Anreize setzen, dass verdichtet und preisgünstig gebaut wird. Die **Motion Matthias Michel (SR)**, die bereits am 20. September traktandiert ist, fordert, dass Kantone und Gemeinde in ihren Richtplänen Gebiete für eine verstärkte Verdichtung und Zonen für gemeinnützigen Wohnungsbau definieren. Wohnbaugenossenschaften Schweiz hält dies für sehr sinnvoll. Zonen für preisgünstigen oder gemeinnützigen Wohnungsbau haben sich auf kommunaler Ebene vielerorts bewährt. Die Motion fordert, dass im Rahmen der Innenentwicklung immer auch preisgünstiger Wohnraum entsteht. Das erhöht auch die Akzeptanz in der Bevölkerung für Verdichtungsprojekte.

Parlament und Bundesrat müssen handeln

«Der Handlungsbedarf im Wohnungsmarkt ist weitem anerkannt», betont Eva Herzog. Der Verband Wohnbaugenossenschaften Schweiz fordert Parlament und Bundesrat auf, nun zu handeln. «Es ist unverständlich, dass der Bundesrat alle wohnungspolitischen Motionen mit Verweis auf den runden Tisch zur Wohnungsknappheit ablehnt. Wir müssen jetzt gegen die zu hohen Mieten vorgehen und Voraussetzungen schaffen für mehr preisgünstigen Wohnraum. Die gemeinnützigen Bauträger sind bereit, ihren Beitrag zu einer guten Wohnraumversorgung zu leisten.»

Wohnbaugenossenschaften Schweiz ist die Dachorganisation von 1265 Wohnbaugenossenschaften und weiteren gemeinnützigen Wohnbauträgern mit insgesamt über 165'000 Wohnungen. Der 1919 gegründete Verband steht im Dienste seiner Mitglieder, die auf gemeinnütziger Grundlage preisgünstigen Wohnraum erstellen und bewirtschaften. Zusammen mit ihnen strebt er im ganzen Land eine ausreichende Versorgung mit preisgünstigem, vorzugsweise genossenschaftlichem Wohnraum an. www.wbg-schweiz.ch, info@wbg-schweiz.ch

Pressekontakte

Eva Herzog, Präsidentin Wohnbaugenossenschaften Schweiz: 079 790 34 79, eva.herzog@parl.ch

Urs Hauser, Direktor: 044 360 26 64, urs.hauser@wbg-schweiz.ch

Medienstelle Wohnbaugenossenschaften Schweiz: 044 360 26 66, rebecca.omoregie@wbg-schweiz.ch